

zusätzlicher Anreiz gewesen und rundete das Engagement ab.

Die Coronapandemie hat diese stetig gute Entwicklung hoffentlich nur unterbrochen und nicht abgewürgt. Es wurden uns und auch der NRW.BANK andere Prioritäten aufgezwungen.

Der vorliegende Gesetzentwurf zum zweiten Nachtragshaushalt zeigt uns ganz deutlich die Gliederung in drei kreditwirtschaftliche Unterstützungsbereiche.

Einen Teil oder eine Säule entsprechend § 33 Abs. 1 mit 5 Milliarden Euro haben wir bereits am 24. März 2020 verabschiedet: die Stützung der gewerblichen Wirtschaft, jetzt im Gesetz als „UniversalCorona“ festgeschrieben.

Hinzugekommen sind in § 33, Haftungsfreistellungen zugunsten der NRW.BANK, die Abs. 2 als „InfrastrukturCorona“ und 3 sowie der § 33a, Absicherung von Liquiditätsnothilfen an die Kommunen, als „KommunalCorona“.

Bezüglich des Punktes „InfrastrukturCorona“ – es ist schon viel dazu gesagt worden; darum nur kurz – wäre es wichtig, zu wissen, was genau gefördert werden soll und wie der Bedarf von 5 Milliarden Euro ermittelt wurde.

Zu begrüßen ist hierbei natürlich die 20%ige Mithaftung der Hausbanken. Wir haben gerade etwas anderes gehört.

Der Punkt „KommunalCorona“ ist höchst brisant, da unsere 373 Kommunen in Nordrhein-Westfalen Tag für Tag aufgrund der fehlenden Einnahmen und teilweise sogar steigenden Ausgaben immer tiefer in die Verschuldung getrieben werden.

Insgesamt geht es im Grunde um eine Erhöhung der Haftungsfreistellung um 10 Milliarden Euro auf insgesamt 15 Milliarden Euro – wobei, wie eingangs erwähnt, aufgrund des Umstrukturierungsgesetzes bereits Anstaltslast und Gewährträgerhaftung Gültigkeit haben.

Die zusätzlichen Garantien für die NRW.BANK ergeben Sinn, ja, sind angesichts der beispiellosen Krise, in der sich die gesamte Weltwirtschaft befindet, sogar aller Wahrscheinlichkeit nach nötig.

Wir werden uns im Ausschuss mit dem Thema eingehend befassen. Der Überweisung stimmen wir selbstverständlich zu.

Meine Damen und Herren, abschließend möchte ich aber ein ganz anderes Thema ansprechen und deutlich machen – Herr Witzel hat das auch schon gesagt –: Wir müssen dringend aus der Zeit der kompletten Einschränkungen herauskommen. Viele Menschen leiden unter der derzeitigen Situation von Tag zu Tag mehr, und die Wirtschaft liegt am Boden. Wir wissen es nicht nur, wir spüren es auch – täglich, immer stärker.

Wir ertragen zurzeit die Anfänge des schlimmsten Wirtschaftseinbruchs nach dem Zweiten Weltkrieg. Corona ist, wie in einer Zeitung getitelt wurde, zur Abrißbirne der Wirtschaft geworden.

Hinzu kommt, dass die Schulden wachsen und auch nicht mehr in den Griff zu bekommen sein werden, wenn wir nicht auch schon zum jetzigen Zeitpunkt über wirkliche Sparmaßnahmen nachdenken und darüber sprechen.

Der Entwurf des Haushalts 2021 und die neue Mittelfristige Finanzplanung müssen darauf ausgerichtet sein und sich wieder auf die klassischen Staatsaufgaben und den wirtschaftlichen Aufschwung besinnen.

Wir als AfD-Fraktion werden Anträge mit Sparvorschlägen vorlegen und auch das Thema der Schuldenbremse und deren Verankerung in der Landesverfassung aufnehmen.

Wir alle müssen uns zudem dringend mit der Zukunft nach überstandener Coronapandemie befassen. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Das war der Abgeordnete Strotebeck für die Fraktion der AfD. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor, sodass wir am Schluss der Aussprache angelangt sind.

Wir kommen zur Abstimmung, und zwar über die Überweisungsempfehlung des Ältestenrates, der uns nahelegt, den **Gesetzentwurf Drucksache 17/9060** an den **Haushalts- und Finanzausschuss** zu **überweisen**. Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Dann stelle ich die einstimmige Zustimmung zu dieser Überweisungsempfehlung fest.

Wir kommen damit zu:

17 „Stärkungspakt Automobilindustrie“: Arbeitsplätze in der Automobil- und Zulieferindustrie erhalten – Die schlimmste Krise in Deutschlands Schlüsselindustrie ernst nehmen – Maßnahmen zum Schutz vor Brüssels belastenden „Klimaschutz“-Vorgaben und Strafzahlungen ergreifen!

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/9043

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion Herrn Abgeordneten Loose das Wort.

Christian Loose (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Freie

Fahrt für freie Bürger – das war einmal. Inzwischen heißt es: überwachte Fahrt für überwachte Bürger. Denn ab 2022 kommen die Assistenzsysteme für jedes Auto: Alkoholtester, Müdigkeitserkennung, Unfalldatenschreiber, Geschwindigkeitsregelung und Spurhalteassistent werden Zwang. Auch beim Einparken haben Sie keine Freiheit mehr; denn hier kommen die Parksensoren.

Früher wurde man zum mündigen Bürger erzogen, heute zu einem technikgläubigen. Das alles wäre nicht so schlimm, wenn die EU die Hersteller nicht dazu zwingen würde, diese Systeme einzubauen. Das macht das Auto teuer und verteuert die Wartung. Es schlägt insbesondere bei Kleinwagen deutlich zu Buche.

Dabei können sich die Fleißigen, die auf ein Auto angewiesen sind, schon jetzt kaum noch ein gebrauchtes Auto leisten. Das trifft dann die Krankenschwester und den Fabrikarbeiter, die frühmorgens oder spätabends zur Schicht fahren müssen. Das trifft die Handelsvertreter, die Handwerker oder auch die ambulanten Pflegedienste.

Deshalb ist unser Appell: Lassen Sie die freie Marktwirtschaft entscheiden. Lassen Sie die Kunden entscheiden. Keine Subventionen, keine Markteinschränkung, sondern freie Wahl für freie Bürger, auch beim Auto!

Lassen Sie auch die Hersteller entscheiden, welche Autos diese bauen möchten. Hören Sie mit dem Zwang auf. Denn mit der aktuellen EU-Verordnung werden Hersteller gezwungen, demnächst nur noch Fahrzeuge zu bauen, die umgerechnet 3,6 Liter Diesel verbrauchen. Ab 2030 dürfen die Autos dann nur noch 2,3 Liter Diesel verbrauchen. Technisch ist das weder heute noch in zehn Jahren realisierbar. Windwiderstände oder Rollwiderstände machen dies schlicht unmöglich.

Aber damit die Bürger diesen Wahnsinn nicht bemerken, werden die Verbrauchswerte nicht in Liter pro 100 km angegeben, sondern in Gramm CO₂ pro Kilometer. Weil die Hersteller diese Ziele gar nicht erreichen können, sollen sie Milliardenstrafen zahlen oder alternativ mehr E-Autos bauen. Allein für VW wird eine Strafe von 4,5 Milliarden Euro erwartet – Jahr für Jahr.

Deshalb hat VW bereits angekündigt, in Deutschland demnächst nur noch die hoch subventionierten E-Autos zu bauen. Im Umkehrschluss bedeutet das nichts anderes, als dass die Verbrennerautos von VW demnächst im Ausland gebaut werden. Eine deutsche Traditionsfirma kündigt den Rückzug aus Deutschland an, und die Kollegen von SPD, Grünen, FDP und CDU jubeln dabei.

Wir als AfD jubeln nicht. Wir stehen an der Seite der Arbeiter in den Werken und wollen hier für sie kämpfen. Denn wenn sich niemand wehrt, wird die Politik von Merkel und Laschet massive Folgen haben.

Dann werden weder die Arbeiter am Fertigungsband noch die Arbeiter in der Zuliefererindustrie mehr gebraucht. Aber auch die E-Autos wird VW nicht allzu lange in Deutschland bauen. Denn wenn diese keiner kaufen will, werden auch die Fabriken für die E-Autos geschlossen.

Der komplette Kahlschlag in der Automobilindustrie droht. Doch dann, wenn es zu spät ist – da bin ich mir sicher –, holen die Altparteien wieder ihre Rezepte aus der Schublade: Subventionen und Zwang.

Dabei bedarf es gar keiner Subvention für die Autoindustrie. Die Firmen und auch die Bürger wollen lediglich die freie Marktwirtschaft und die freie Entscheidung.

Bereits vor der Coronakrise hatten wir einen wirtschaftlichen Stillstand in NRW. Das geht auch nicht an der Automobilindustrie vorbei. Mehrere Firmen haben Entlassungen angekündigt, allen voran Ford in Köln.

Insgesamt sind in Deutschland 1,8 Millionen Menschen direkt oder indirekt von der Autoproduktion abhängig, darunter Arbeiter bei Herstellern, Werkstätten und Zuliefererfirmen. Diese Menschen und deren Familien schauen heute auf uns hier im Plenum. Zeigen wir ihnen, dass wir für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze und für die Existenz ihrer Familien kämpfen und uns gegen die Verordnung der EU wehren werden! Helfen Sie mit, und unterstützen Sie unseren Antrag. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU Herr Abgeordneter Rehbaum das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

Henning Rehbaum¹⁾ (CDU): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Coronakrise trifft viele Branchen in NRW hart. Durch das Herunterfahren der Automobilfertigung sind auch die NRW-Automobilzulieferbetriebe betroffen. In NRW bieten ungefähr 800 Betriebe rund um die Autoindustrie ca. 200.000 Familien Lohn und Brot. Eine starke Automobilindustrie bedeutet daher ein starkes NRW.

Schon vor der Krise war der Umbruch absehbar – nicht nur in Deutschland, sondern weltweit. Durch die Coronakrise, die Einstellung der Fahrzeugfertigung und die Unterbrechung der Lieferketten gerät die Branche in lange nicht gekannte wirtschaftliche Schwierigkeiten.

In der Krise lauern aber auch ganz andere Gefahren, die sich mit dem Antrag der AfD erschreckend offenbaren – erstens die Gefahr, in alte Denkmuster zu verfallen. Die AfD will etwa die Elektrosäulenförderung in Nordrhein-Westfalen abschaffen.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Sie will die Vorgaben für Flottenverbräuche abschaffen. Außerdem will sie verpflichtende Fahrerassistenzsysteme, die Menschenleben retten können, abschaffen –

(Markus Wagner [AfD]: Quatsch!)

hochkomplexe Komponenten, die zum Beispiel die Firma HELLA aus Lippstadt im Hamm herstellt und damit gut bezahlte Arbeitsplätze in einer Ruhrgebietsstadt bietet, die sich mit einem christdemokratischen Bürgermeister Schritt für Schritt vom Strukturwandel erholt.

(Zuruf von Marc Herter [SPD])

Kurzum: Die AfD stellt einen Antrag zur Rettung der Automobilindustrie und fordert darin, dass die Beschäftigten, die in Nordrhein-Westfalen Hightech für sichere Autos herstellen, arbeitslos werden.

(Christian Loose [AfD]: Welche Systeme sind das?)

Die zweite Gefahr ist, dass die deutsche Autoindustrie politisch bedingt komplett den Anschluss an eine Entwicklung verpassen würde, die weltweit längst begonnen hat. Die Krise ist gewissermaßen eine Stunde null. Darin liegt auch eine Chance, dass Deutschland bei Zukunftstechnologien der Mobilität die Nase auch in Zukunft vorne hat. Das war 2008 so und kann auch bei Corona funktionieren.

Was vor der Krise richtig war, ist nach der Krise erst recht richtig.

(Zuruf von Markus Wagner [AfD])

Der Fahrzeugantrieb der Zukunft muss technologieoffen sein. Schon lange vor der Coronakrise hat diese Landesregierung ein umfangreiches Maßnahmenpaket für klimaschonende Innovationen in der Automobilindustrie auf den Weg gebracht. Ladesäulen, Wasserstoff, synthetische Kraftstoffe und Gasmobilität gehören dazu, aber auch Lastenräder, SPNV-Reaktivierung, U-Bahn-Sanierung und Radwege als Anreiz für den Umstieg.

Die Unternehmen der Automobilindustrie brauchen jetzt Planungssicherheit, um ihren Beitrag zur Erreichung der Pariser Klimaziele leisten zu können. Jetzt ist keine Zeit für ideologische Spielchen. Wir können es uns nicht erlauben, eine Käseglocke über die deutsche Autoindustrie zu stülpen und Innovationen der Konkurrenz im Ausland zu überlassen.

(Beifall von der CDU und Arndt Klocke [GRÜNE])

Auch ist gerade jetzt nicht die Zeit für die Verunglimpfung des Automobils und der Autoindustrie. Das Auto ist noch immer ein unverzichtbares Verkehrsmittel für Millionen von Familien und Pendlern, nicht nur in den ländlichen Regionen.

Ministerpräsident Armin Laschet hat der Bundeskanzlerin und den anderen Länderchefs einen Autogipfel vorgeschlagen, der nun am 5. Mai 2020 stattfinden wird. Auch daran sieht man, welche Bedeutung die Autoindustrie für uns als CDU-FDP-Koalition und auch für die CDU-geführte Bundesregierung hat. Gerade jetzt ist Planungssicherheit für mittelständische Autozulieferer in Nordrhein-Westfalen von großer Bedeutung, genauso wie für die großen Automobilhersteller als eine der wichtigen Säulen unserer Volkswirtschaft.

Wir dürfen die Autobranche in dieser Situation nicht überfordern. So stark die Automobilindustrie auch ist: Die Reserven der Mittelständler sind endlich.

Auch Kapitalismuskritik, Globalisierungskritik und Europakritik aus unterschiedlichsten Lagern helfen den Beschäftigten und Unternehmen der Autoindustrie in Nordrhein-Westfalen herzlich wenig.

Sollte jemand aus Klimaschutzgründen insgeheim hoffen, die Autoindustrie sei nun endlich weg vom Fenster, kann man nur sagen: Diese Haltung ist verantwortungslos.

Denn es geht um Hunderttausende Arbeitsplätze. Familienväter und -mütter bangen gerade um ihren Job. Unsere Familienunternehmer zeigen Verantwortung und kämpfen darum, jeden einzelnen Mitarbeiter, jeden Azubi und ihre Unternehmen zu halten. Wir als Politik unterstützen mit klugen Maßnahmen. Gerade in der Krise zeigen sich die Vorzüge unseres Wirtschaftssystems der sozialen Marktwirtschaft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Beschäftigten in der Automobilindustrie und der Klimaschutz dürfen nicht zum Spielball politischer Extreme werden – weder durch das hämische Kaputtreden der Autoindustrie noch, anwesende Damen und Herren der AfD, durch das Zurückdrehen der mobilitätspolitischen Uhr in eine Zeit, als der Ölwechsel noch über dem Gully gemacht wurde. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Markus Wagner [AfD])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Rehbaum. – Als nächster Redner hat nun für die Fraktion der SPD Herr Kollege Stinka das Wort.

André Stinka (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Loose, der Antrag, den Sie hier formuliert haben, könnte im Grunde ganz klar heißen: freie Fahrt für reiche Bürger. Denn das ist der Kern, den Sie angesprochen haben. Sie wollen die Arbeiter, die Sie hier gerade schützen wollten, von Assistenzsystemen befreien.

(Lachen von Helmut Seifen [AfD] – Markus Wagner [AfD]: Die müssen doch bezahlt werden, Herr Kollege!)

Wir als Sozialdemokraten wollen, dass Assistenzsysteme für alle Menschen da sind und jeder den technischen Fortschritt nutzt.

(Beifall von der SPD)

Das entlarvt Ihre Arbeiterromantik. Diese ist gar nicht da. Nein, Sie wollen Fortschritt verhindern, und Sie wollen, dass nur die S-Klasse-Besitzer in den Genuss kommen. Wir wollen, dass alle an technischem Fortschritt teilhaben.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Markus Wagner [AfD])

Es ist nichts entlarvender als dieser Unsinn, den Sie hier fabriziert haben.

Ich weiß sehr wohl: Als ich ein junger Mann war, war nur in der S-Klasse ein Airbag vorhanden. Heute bin ich froh, dass jedes Auto Airbags hat. Das ist technischer Fortschritt. Diesen Fortschritt brauchen wir für die Menschen – und keine Rolle zurück; ganz sicher nicht.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Ihr Antrag vermischt wie üblich wieder die Aspekte von verschiedenen Ebenen. Vor Corona war schon klar, dass die Automobilindustrie vor großen Herausforderungen steht.

(Zurufe von Christian Loose und Helmut Seifen [AfD])

Die CO₂-Vorgaben der Europäischen Union werden in den nächsten Jahren verschärft.

Sie haben in Ihrem Antrag selbst geschrieben: Planungssicherheit und Orientierung sind wichtig. – Der Gesetzgeber und das Parlament sind klar für Orientierung. Das ist unsere Aufgabe. Wir stehen als Sozialdemokraten für Lenkung und klare Wettbewerbsbedingungen. Das ist in einer Wirtschaft wichtig.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Christian Loose [AfD])

– Herr Loose, Sie haben es noch nicht verstanden. Also hören Sie auf.

Im Übrigen will ich Ihnen aus der Automobilgeschichte eines erzählen. Damals war ich auch ein junger Mann. Wir haben in den Jahren, als es in der Bundesregierung noch keinem Umweltminister gab, den Katalysator eingeführt, und es gab die gleichen Geschichten: Alte Männer haben uns erzählt, die Automobilindustrie geht kaputt, weil bleifreies Benzin und der Katalysator kommen. Was haben wir heute? – Bleifreies Benzin, Katalysator und neue Antriebstechniken.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der AfD)

Das ist Fortschritt, den wir brauchen. Damals hat ein CSU-Innenminister – Zimmermann hieß er – bleifreies Benzin und Katalysator gefordert. Das ist nämlich staatliches Handeln. Das kapieren Sie nicht. Der Wettbewerb bestimmt nicht, wo wir hingehen, sondern der Staat gibt Regeln vor, und die Industrie braucht Planungssicherheit, und daran hält sie sich.

(Beifall von der SPD – Zurufe von Christian Loose [AfD])

– Herr Loose, Sie haben den Sinn von Politik und politischem Handeln nicht verstanden. Das ist nämlich Ihr Problem – von Klimawandel usw. mal ganz abgesehen.

Wenn Sie auf die Seite des VDA gegangen wären – das habe ich heute in Vorbereitung der Rede gemacht –, dann würden Sie selbst beim VDA lesen, dass er gerade bei Elektromobilität, Hybrid und Brennstoffzelle offen dieser Debatte gegenübersteht.

(Christian Loose [AfD]: Die wollen nur die Kohle haben!)

Sie sind ja entlarvend, weil Sie in Ihrem Antrag den Europäischen Automobilverband zitiert haben. Sie machen es immer so, wie es Ihnen gerade passt. Das ist keine Linie. Von Orientierung, Herr Loose, findet man bei Ihnen keine Spur, überhaupt gar nichts.

(Beifall von der SPD)

Von daher ist das Unfug.

Wir wissen alle – und das ist gerade ja auch schon von Herrn Rehbaum deutlich gemacht worden –, dass die Entwicklung dahin geht, dass der Verbrennungsmotor immer weniger Akzeptanz erfährt und wir neue Wege in der Antriebstechnik beschreiten werden. Das ist auch kein Hokuspokus. Wir fahren auch nicht mehr mit dem Holzvergaser.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

– Sie vielleicht noch zu der Zeit, als Sie gearbeitet haben, aber doch nicht die Menschen.

(Heiterkeit von der SPD)

Wir fahren mit moderner Technik, und wir Sozialdemokraten sind offen für diese Entwicklung. Das muss ganz klar sein.

Wir leugnen nicht, dass diese Krise, durch Corona hervorgerufen, einen enormen Strukturwandel noch beschleunigt, der in der Automobilindustrie stattfindet. Aber den Weg zurückzugehen und die Entwicklung anzuhalten, ist Unfug. Und es ist nicht sozialdemokratisch, sich der Zukunft nicht zu stellen. Sondern wir müssen gemeinsam mit den Menschen diesen Zukunftsweg beschreiten und den Menschen Rückhalt geben.

Sie sprechen nicht für die Arbeiter. Sie riskieren Arbeitsplätze in vielen Zulieferbetrieben. Sie riskieren die Zukunftstechnologie, weil Sie nämlich nur auf den Blick zurück setzen. Das ist nicht unsere Welt.

(Beifall von der SPD)

Ich mache es noch einmal deutlich: Wir werden aus dieser Krise, auch vor dem Hintergrund des momentan stattfindenden Petersberger Klimadialogs – die Kanzlerin hat es noch einmal deutlich erwähnt –, nur mit einer technologieoffenen Diskussion, wie wir unsere Mobilität, die Energieversorgung und die ökologische Industriewende hier organisieren können, herauskommen. Das wird die Zukunft sein.

Sie werden es in 20 Jahren erleben, und Ihre Kinder werden hoffentlich in einer anderen Partei sein und Ihnen erzählen, welche Fehler Sie damals gemacht haben. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Stinka. – Als nächster Redner hat für die FDP-Fraktion Herr Abgeordneter Kollege Brockes das Wort.

Dietmar Brockes³⁾ (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ja, wir haben es hier wieder mit einem typischen AfD-Antrag zu tun. In Ihrem Antrag sparen Sie nicht mit Begriffen wie „ideologiesteuert“, „Nationalstaaten“, „Zwang“ oder „Bestrafung“. Der Antrag reiht sich somit in Ihre üblichen Forderungen ein, wie Sie das ja auch in dem Antrag „Förderung von E-Mobilität umgehend stoppen“ im September des letzten Jahres formuliert haben.

Nur, meine Damen und Herren, wenn ich mir den hier vorliegenden Antrag anschau, dann sehe ich wohl einen Unterschied. Er ist nämlich in der Tonlage noch einmal deutlich rechtspopulistischer.

In Ihrer Haltung bleiben Sie konsequent. Sie zeigen keinen konstruktiven Weg auf, Sie vertrauen auf Ihr altbekanntes Muster: Abrechnung mit der Politik und Aufzählung populistischer Aussagen. Keine Lösungen, keine Lösungen, meine Damen und Herren.

(Helmut Seifen [AfD]: Das sind doch Leerformeln!)

Dieser Antrag belegt einmal mehr, dass Sie nicht nur gegen den Euro sind; Ihre Aussagen, Ihre Abneigungen richten sich klar gegen die Europäische Union als Ganzes. Dann, meine Damen und Herren von der AfD, müssten Sie aber auch so konsequent sein und sagen, dass Sie aus der Europäischen Union austreten wollen. Aber dazu fehlt Ihnen ja der Mut.

Meine Damen und Herren, gerade in Krisenzeiten wie der jetzigen mit der Coronapandemie ist es besonders wichtig, dass wir in Europa zusammen-

stehen und gemeinsam die Krise lösen. Wir brauchen mehr Europa und nicht weniger.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Seit vielen Jahren ist die Automobilbranche eine wichtige tragende Säule der Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen. Nordrhein-Westfalen ist als Standort besonders von den aktuellen Entwicklungen betroffen. Neben etablierten und neuen Fahrzeugherstellern haben wir viele Zulieferunternehmen, die eng in Wertschöpfungsketten eingebunden sind.

Die Automobilindustrie hat schon vor der Coronakrise auf unsichere wirtschaftliche Entwicklungen verwiesen. Die konjunkturelle Lage, Unsicherheiten in Bezug auf den Brexit sowie der Handelsstreit wurden hier genannt, aber auch technologische und strategische Herausforderungen bei der Entwicklung unterschiedlicher Antriebsarten vor dem Hintergrund sich ändernder Rahmenbedingungen.

Meine Damen und Herren, die Coronakrise verschärft diese Herausforderungen. Für die Landesregierung ist es ein zentrales Anliegen, die Automobilwirtschaft in Nordrhein-Westfalen aktiv zu begleiten, vor allem bei der Entwicklung von Innovationen. Dafür stellt sie verschiedene Maßnahmen und Förderprogramme bereit.

Dazu zählen die aktuelle Erstellung der Studie zur Zukunft der Automobilbranche in Nordrhein-Westfalen, die im Herbst dieses Jahres vorliegen soll. Die Studie soll die absehbaren automobilen Megatrends wie beispielsweise elektrifizierte Antriebe, zukunftsfähige Kraftstoffe und neue Materialien, Digitalisierung und Vernetzungen, Car-to-X und automatisiertes Fahren herausarbeiten und sich daraus ergebende Chancen für die Automobilwirtschaft in Nordrhein-Westfalen beschreiben und bewerten.

Aber wichtig, meine Damen und Herren, ist für uns eben, dass nicht die Politik am Ende des Tages sagt, welche Technik die einzig richtige ist, sondern wir wollen hier die Technologieoffenheit, und dies wollen wir eben mit Markteinstiegsinstrumenten unterstützen, damit unsere Autoindustrie hier die Zukunftsentcheidungen richtig trifft.

Meine Damen und Herren, mit dem Aufbau eines Kompetenznetzes „Automotive“ ermöglichen wir eine intensivere Vernetzung der Akteure. Das ist ebenso ein wichtiger Punkt. Die Projekte des Leitmarktwettbewerbs der aktuellen EFRE-Periode zielen auf die Verbesserung der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit.

Davon profitieren gerade die Zulieferunternehmen in Nordrhein-Westfalen, zum Beispiel durch den Wettbewerb „MobilitätLogistik.NRW“ oder das Förderprogramm „progres.nrw“ zur emissionsarmen Mobilität, das gerade von Ihnen verschrien wird.

Meine Damen und Herren, es gibt einen guten und stetigen Austausch mit der Automobilbranche zu den Herausforderungen und Zukunftschancen. Gerade in dieser Krise muss dieser fortgeführt werden.

In der letzten Sitzung des Wirtschaftsausschusses hat unser Wirtschaftsminister Professor Andreas Pinkwart davon gesprochen, dass die Automobilbranche Gott sei Dank jetzt wieder hochfährt. Wenn wir die aktuellen Berichterstattungen anschauen, können wir sehen, dass die Automobilbranche jetzt den Betrieb wieder aufnimmt. Das ist ein wichtiges und gutes Signal. Das wollen wir unterstützen. Wir stehen an der Seite der Automobilindustrie, um die Herausforderungen der Zukunft anzunehmen. Ihr Antrag hilft uns dabei nicht weiter. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dr. Brockes. Moment, den „Doktor“ habe ich jetzt dazu erfunden. Vielen Dank, Herr Brockes.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Zu später Stunde promoviere ich Sie hier noch. Das ist ja noch nie passiert.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Das lag bestimmt an dieser Rede. Das kann gar nicht anders sein. Es tut mir leid. Wir belassen es mal bei „Herr Brockes“. Dann fühlen Sie sich auch wohl; das weiß ich, Herr Kollege.

(Dietmar Brockes [FDP]: Reicht, reicht!)

– Das weiß ich doch.

(Zuruf von der SPD: Das habe ich bei Wiki-Leaks gelesen!)

Herr Klocke hat das Wort. Er ist auch kein Doktor, aber Fraktionsvorsitzender. Bitte schön.

Arndt Klocke (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In zehn Jahren gemeinsamer Abgeordnetentätigkeit hat mich Kollege Keymis noch nie zur Promotion getrieben.

Vizepräsident Oliver Keymis: Seien Sie froh, lieber Kollege. Aber ich darf Sie als Fraktionsvorsitzender begrüßen. Bitte schön, jetzt haben Sie das Wort.

Arndt Klocke (GRÜNE): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Vorrednerinnen und -redner haben nach der AfD-Einbringung schon ausreichend zu dem Antrag Stellung genommen.

Wenn man die grundsätzliche Auffassung hat, die Erde sei eine Scheibe und die Weltgeschichte habe nicht stattgefunden, dann könnte man natürlich auch

Ihrem Antrag zustimmen. Die Ableitungen, die Sie da liefern, entsprechen einer gewissen Weltsicht – ich will nicht sagen: Ideologie –, die Sie haben. Ich habe mir mal drei Stellen rausgesucht, bei denen das aus meiner Sicht exemplarisch im Text deutlich wird.

Sie schreiben auf Seite 2: „Doch nicht erst seit der Corona-Krise befindet sich die Automobil- und Zuliefererindustrie im Umbruch. Lange vor der Corona-Krise“ wurde den deutschen Autobauern durch „strenge Vorgaben für angeblichen Klimaschutz“ der Garaus gemacht. – Für „angeblichen“ Klimaschutz!

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

– Ja. Natürlich ist Klimaschutz immer „angeblich“ und völlig unnötig. Sie schreiben weiter:

„Doch obwohl es keine nennenswerten technischen Möglichkeiten für eine Reduktion des Verbrauchs von Fahrzeugen gibt, ...“

Am Ende kommen Sie dann noch zu dem interessanten Schluss unter III.:

„... sich auf allen Ebenen für einen Kurswechsel der Europäischen Union ... einzusetzen, dass das EEG abgeschafft wird und die über den Umweg der Verbraucher erfolgte Subventionierung von wetterabhängigem Strom umgehend eingestellt wird.“

Wenn man natürlich eine solche Weltsicht in sich trägt, dass Klimaschutz völlig überflüssig, weltfremd und auch nicht notwendig ist, dann kommt man natürlich auch zu Ihren entsprechenden Forderungen.

Sie könnten sich natürlich mit den Realitäten beschäftigen.

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Die verbinden zumindest die vier demokratischen Fraktionen in diesem Parlament miteinander. Wir wissen alle miteinander, dass der Verkehrssektor im Gegensatz zu allen anderen zentralen Sektoren dieser Gesellschaft – ob es die Unternehmen sind, ob es die Haushalte sind, ob es die energieerzeugende Wirtschaft ist etc. – der einzige Bereich ist, der seit 1990 keinen Rückgang beim Ausstoß von klimaschädlichen Gasen hat.

Deswegen hat die EU und deswegen haben auch die Bundesregierung und die Landesregierung ein umfangreiches Maßnahmenpaket aufgelegt, damit wir dort zu einer Trendwende kommen.

Wir werden die weltweiten, die europäischen und auch die deutschen Klimaschutzziele und selbst die nordrhein-westfälischen Klimaschutzziele perspektivisch nicht einhalten, wenn im Mobilitätssektor alles so bleibt wie es ist, wenn wir es nicht schaffen, die Emissionen hier zurückzuführen.

Deswegen sind Forderungen, wie Sie sie am Ende in Ihrem Katalog haben – dass der Ausbau von E-Lade-

säulen gestoppt werden soll, dass die Förderung der Elektromobilität gestoppt werden soll, dass alternative Antriebe zu stoppen sind etc. –, nicht nur inhaltlich falsch.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Es ist nicht nur inhaltlich falsch, sondern das würde kein einziger deutscher Autobauer unterschreiben und unterstützen.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Christian Loose [AfD])

Die deutsche Industrie und auch die weltweite Industrie sind an dem Punkt doch viel weiter. Die stellen doch entsprechend um. Sie wissen, dass es notwendig ist.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

– Herr Loose, lassen Sie doch Ihre Zwischenrufe. Sie sind einfach in einem anderen Universum, in einem anderen Orbit unterwegs. Das kann man verstehen, wenn man Ihre Denke komplett teilt. Aber die teilen in dieser Gesellschaft zum Glück mindestens 95 % nicht. Es gibt klare Fakten und Belege, warum es dringend notwendig ist, den Verkehrssektor umzusteuern,

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

warum es dringend notwendig ist, weniger Emissionen, weniger Schadstoffe in die Luft zu pusten. Ihre ganze Denke entspricht einem Gedankenkonstrukt, das hier im Parlament und auch in der Gesellschaft zum Glück kaum jemand teilt.

(Zuruf von Markus Wagner [AfD])

Deswegen werden wir Ihren Antrag entsprechend ablehnen. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Klocke. Es gibt eine Kurzintervention, von der AfD-Fraktion angemeldet. Wer macht sie?

(Christian Loose [AfD] meldet sich zu Wort.)

– Sie übernehmen sie, Herr Loose. Dann haben Sie jetzt das Wort. Bitte schön, Herr Loose.

Christian Loose (AfD): Danke, Herr Präsident. – Herr Klocke, natürlich wollen die Hersteller Elektroautos bauen; denn sie kriegen sehr, sehr viel Geld dafür. Die Kunden kriegen ja auch unglaublich viele Subventionen dafür. Die Hersteller drücken damit ja auch die Strafen aus der EU. Wenn VW 4,5 Milliarden Euro Strafe zahlen muss, dann bauen die doch lieber für ein oder zwei Milliarden Euro Elektroautos, um diesen Strafen zu entgehen.

Das ist der Zwang, der über den Sozialismusgedanken bei Ihnen immer wieder geprägt wird: Wir müssen die Leute zwingen.

Das ist das, was Sie tun. Sie zwingen die Hersteller über diese exorbitanten Strafzahlungen dazu, diese Autos zu bauen. Aber kaufen will sie in Deutschland immer noch keiner. Es sollten mal eine Million Elektroautos in 2020 herumfahren. Wir haben jetzt 136.000 Elektroautos in Deutschland. Wo sollen denn jetzt noch die anderen 860.000 Autos in diesem Jahr herkommen, um die Million zu erreichen? Das wird überhaupt nicht gelingen. Sie haben da eine komplette Luftnummer aufgebaut.

Die Autos verbrauchen seit dem Jahr 1990 sehr wohl deutlich weniger. Dass Sie diese Fakten leugnen, ist für mich schon sehr, sehr erstaunlich. – Danke.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Loose. – Nun hat Herr Klocke das Wort. Wenn Sie Ihr Mikrofon aktivieren – danke schön, Herr Kollege. 1:30 Minuten für Sie zur Erwidern. Bitte.

Arndt Klocke (GRÜNE): Danke, Herr Präsident. – Allein im Jahr 2019 sind die CO₂-Emissionen im Verkehrsbereich in Deutschland um 1,2 Millionen Tonnen auf 164 Millionen Tonnen gestiegen. Wenn wir die Klimaschutzziele, die die Bundesregierung vereinbart und auch in der EU und über das Pariser Klimaabkommen unterstützt hat, bis 2030 einhalten wollen, müssen wir bis zum Jahre 2030 zu einer Absenkung auf 95 Millionen Tonnen kommen. Das ist fast eine Halbierung.

Können Sie uns erklären, Herr Loose, wie Sie das mit Ihrem Antrag, mit Ihrem politischen Weltbild und Ihren Vorstellungen erreichen wollen? – Nein, das können Sie eben nicht. Sie haben keine konkrete Vorstellung.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Sie haben nur Plattitüden zu bieten. Sie haben nur leere Phrasen zu bieten. Es ist eine Weltsicht – das habe ich eben auch schon in meiner Rede gesagt –, die zum Glück niemand teilt. Sie haben keine konkreten Vorstellungen. Sie können ja gegen Elektromobilität sein,

(Christian Loose [AfD]: Ich bin dafür, nur nicht für Subventionen!)

aber was ist denn die Alternative? Wir müssen perspektivisch aus dem Verbrennungsmotor aussteigen.

(Helmut Seifen [AfD]: Warum?)

Das sagen Ihnen alle Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, jedenfalls die seriösen.

(Helmut Seifen [AfD]: Blödsinn ist das! Das ist Ihre Fantasie! – Markus Wagner [AfD]: Blödsinn!)

– Sie können nicht einmal zuhören, weil es so dumm ist, was Sie daherreden, dass es Ihnen schwerfällt, sich vernünftige Argumente anzuhören.

(Markus Wagner [AfD]: Sie sind die Vernichter der Autoindustrie!)

Vorgestern ist ein Aufruf von 60 führenden deutschen Unternehmen veröffentlicht worden, die genau diese Forderungen, wie sie hier eben von SPD, CDU, FDP und Grünen vorgetragen worden sind, unterstützen.

(Zuruf von Sven Werner Tritschler [AfD])

Sie stehen doch völlig blank da, weil Sie für Ihre Vorstellungen in dieser Gesellschaft und in der deutschen Industrie überhaupt keine Unterstützung finden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Klocke. – Damit ist dieser Debattenteil zu Ende. Das Wort hat jetzt der Minister, Herr Professor Dr. Pinkwart.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist immer gut, wenn wir über die Automobilindustrie reden, weil sie für Nordrhein-Westfalen, für Deutschland und sicherlich auch für den wirtschaftlichen Wiederaufbauprozess, den wir in Europa insgesamt in den nächsten Monaten – ich muss hinzufügen: sehr wahrscheinlich auch in den nächsten Jahren – werden organisieren müssen, sehr wichtig ist, denn die Krise, die wir jetzt durchlaufen, wird eine sehr harte Krise sein.

Deswegen müssen wir die Maßnahmen natürlich auch so ausrichten, dass eine unserer wesentlichen Industrien beste Rahmenbedingungen hat. Beste Rahmenbedingungen kann man aber nur dann schaffen, wenn man auch die Zukunft mit diesen Rahmenbedingungen gestalten will und gestalten kann.

Dafür brauchen wir Innovation und die Offenheit gerade auch unserer Hersteller – der Automobilhersteller wie auch der Zulieferer –, dass sie sich den neuen Themen zuwenden, mit denen wir den großen Megatrends unserer Zeit begegnen können. Die großen Megatrends unserer Zeit waren vor der Krise dieselben, wie wir sie auch nach der Krise erleben werden: Das ist der Klimaschutz – das ist hier diskutiert worden –, aber auch die Digitalisierung. Es bleibt die Globalisierung, die uns noch stärker herausfordern

wird als bisher schon. Das gilt insbesondere für die Innovationsleistung.

Im Antrag werden die autonomen Fahrsysteme, die Assistenzsysteme angesprochen. Wir sollten doch dankbar sein, dass Deutschland auch bei den Patenten einer der führenden Hersteller dieser Assistenzsysteme weltweit ist. Das heißt, hier haben wir einen Innovationsvorsprung. Warum sollten wir uns jetzt selbst da infrage stellen, wo wir stark sind?

(Beifall von Henning Rehbaum [CDU] – Christian Loose [AfD]: Wollen Sie die Leute zwingen?)

50 % der weltweiten Patente für autonomes Fahren werden von deutschen Automobilherstellern oder deutschen Automobilzulieferern gehalten. Also muss man doch diese Themen eher noch stärker zur Anwendung bringen, um sich in der globalen Welt von den Wettbewerbern abzusetzen.

(Christian Loose [AfD]: Also zwingen?)

Das andere Thema der Digitalisierung ist natürlich auch die Dematerialisierung, die wir auch nicht ganz verkennen dürfen. Die Bedeutung des Autos wird sich verändern.

Auch die kulturelle Perzeption des Themas verändert sich. Die Jugendlichen haben heute eine ganz andere Nähe zur Automobilität, als wir sie vielleicht in unserer Generation hatten. Auch dem müssen wir uns zuwenden.

Wir müssen die Intermodalität in der Mobilität ganz anders denken.

Wir haben beim Thema „Klimaschutz“ natürlich auch andere Antriebstechnologien mit in den Blick zu nehmen. Ich würde hier kein Bashing betreiben und das eine gegen das andere stellen, denn wir brauchen alle Antriebstechnologien, und davon jeweils die besten in der Welt. Das muss unser Anspruch sein.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Bei der Elektromobilität muss ich doch ein bisschen mehr Selbstbewusstsein einfordern: Die Elektromobilität ist auch in Deutschland erfunden worden.

(Christian Loose [AfD]: Vor 130 Jahren! Damals wollte sie keiner haben!)

Wir haben den Verbrennungsmotor erfunden, wir haben die Elektromobilität mit der Radnabentechnologie von Ferdinand Porsche erfunden. Warum sollen wir unsere Stärke nicht der Wasserstoffmobilität und allem anderen zuwenden? Das können wir doch. Auch da haben wir führende Patente, auch hier in Nordrhein-Westfalen viele Zulieferer.

Der Weltmarkt erwartet die Fähigkeit für unterschiedliche Antriebstechnologien, damit wir für die verschiedenen Verwendungszwecke beste Lösungen entwickeln und Klimaschutz und andere Themen mit

Fahrkomfort und anderen Anforderungen, die es zu erfüllen gilt, wirklich zusammenbringen können.

Schauen Sie sich mal die Anzahl der Elektrofahrzeuge an: Es gibt über 3 Millionen Elektrofahrzeuge in China, 1,4 Millionen in den Vereinigten Staaten von Amerika und nach dem ADAC-Bericht nur 200.000 auf den Straßen in Deutschland. Die Amerikaner sind uns in der Premiumklasse in der Elektromobilität ein Stückchen vorausgefahren. Jetzt freuen wir uns, wenn sie in Deutschland eine Fabrik eröffnen. Davon sind wir alle begeistert und sogar bereit, dafür ohne große Demonstrationen einen Wald zu roden.

Diese Begeisterung für diese Themen finde ich prima. Ich wünsche sie mir auch für andere Investitionen, die wir tätigen wollen. Deshalb müssten wir in allen Fahrzeugklassen für diese Themen Offenheit zeigen, wir müssen die Technologie weiterentwickeln, und wir müssen auch mit Blick auf die Kosten hier am Standort Nordrhein-Westfalen in Zukunft so wettbewerbsfähig wie möglich produzieren können.

Deswegen brauchen wir niedrige Energiekosten. Wir brauchen vertretbare Arbeitskosten. Wir brauchen vor allen Dingen Innovation, um uns zu differenzieren. Im Hinblick darauf sind wir dankbar, dass wir auch zur Batteriezellforschung arbeiten können, um möglichst in der Anwendung weiterzukommen.

All diese Themen gilt es zu betrachten und zu unterstützen – und keine rückwärtsgewandte Betrachtung, die hier keinen Arbeitsplatz rettet. Sie schafft keine Zukunft. Innovation und Offenheit für das Neue sind das, was uns weiter stark machen kann. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Minister Professor Dr. Pinkwart. – Herr Loose hat sich noch einmal für die AfD-Fraktion zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Christian Loose (AfD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Stinka, Sie wollen also die Technik, die vor 130 Jahren erfunden und dann abgelöst wurde, weiter mit 6.000 Euro subventionieren, damit sich der Lehrer auch ein Lifestyleprodukt in Form eines Drittautos leisten kann.

Der Arbeiter soll aber zwanghaft Assistenzsysteme kaufen, die er sich nicht mehr leisten kann. Die Folge ist also, dass der Arbeiter sein Auto so lange fährt, bis es zusammenbricht, weil er sich das neue Auto, das Sie ihm verteuern, nicht mehr leisten kann.

(Widerspruch von André Stinka [SPD])

Sie wollen also den Reichen geben und den Armen nehmen. Das ist die Politik der SPD. Und das ist wirklich ein Armutzeugnis für Ihre Partei, Herr Stinka.

(Beifall von der AfD – Widerspruch von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Loose. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags Drucksache 17/9043** an den **Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung** – federführend –, an den **Verkehrsausschuss** sowie an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales**. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Gibt es Gegenstimmen zu dieser Überweisung? – Nein. Enthaltungen? – Auch nicht. Dann ist einstimmig so überwiesen.

Wir rufen auf:

18 Rettet die Gastronomie!

Die Landesregierung muss ein Rettungspaket für das Gastgewerbe und die Brauereien schnüren!

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/9049 – Neudruck

Die Aussprache ist eröffnet. Für die AfD-Fraktion hat Herr Tritschler das Wort.

Sven Werner Tritschler (AfD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Rund 50.000 Betriebe zählt das Gastgewerbe in Nordrhein-Westfalen. Damit verbunden sind rund 400.000 Beschäftigte, die dort ihren Lebensunterhalt verdienen. Sie alle sind seit über einem Monat vom Erwerbsleben ausgeschlossen. Nur ein Teil der Betriebe und nur ein kleiner Teil der Mitarbeiter kann das übliche Geschäft durch Liefer- und Abholdienste ersetzen. Die meisten aber sitzen zu Hause und wissen nicht, wie es weitergehen soll.

Wir haben gerade darüber gesprochen, dass es allerhöchste Zeit ist, diese Betriebe wieder aufzumachen und auch das unsinnige Übernachtungsverbot zu beenden. Aber jetzt schon ist absehbar, dass das nicht reichen wird. Der Umsatz, der ihnen gerade an dem sonnigen Frühjahreswochenende, gerade zu Ostern, entgangen ist und der ihnen auch am 1. Mai wieder entgehen wird, lässt sich nicht einfach nachholen. Er ist für immer verloren.